

08.07.2019

Bierdeckel-Aktion mahnt ausreichende Finanzierung der Kommunen an – Kämmerer Schwarz drängt auf Lösung des Altschuldenproblems hochverschuldeter Kommunen

Mit einer ungewöhnlichen Bierdeckel-Aktion weist das Bündnis "Für die Würde unserer Städte" auf die horrenden Schuldenlast hin, welche auf den Kommunen lastet. Das überparteiliche Bündnis schickt an alle Abgeordneten des Bundestages sowie der Länderparlamente von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, dem Saarland und des Stadtstaates Bremen einen Bierdeckel mit einer Botschaft, die der Forderung nach einer Lösung des kommunalen Altschuldenproblems Nachdruck verleiht. Im Wortlaut steht auf dem Deckel: "Auch für die Politik gilt ein Reinheitsgebot: Wer bestellt, bezahlt! Seit zehn Jahren warten mehr als neun Millionen Einwohner, dass der Gesetzgeber seine Zeche bezahlt."

Als Vertreter Ludwigshafens kritisiert Kämmerer und Beigeordneter Andreas Schwarz, dass das Aktionsbündnis mit seiner Forderung nach einer Beteiligung des Bundes zur Lösung dieses Problems hingehalten und verströset wird. "Diese Schulden wurden dadurch angehäuft, weil unter anderem der Bund durch Gesetze den Aufbau des Sozialstaates bei Städten, Gemeinden und Kreise vorantrieb, aber die Kommunen bei der Finanzierung weitgehend im Stich ließ", betont er. Allerdings sei zu befürchten, dass das seit Jahrzehnten übliche Schwarze-Peter-Spiel zwischen Bund und Ländern auf Kosten der Kommunen weitergehe.

"Die jüngsten Gespräche der vergangenen Woche im Bundestag haben uns sehr besorgt gemacht. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegation des Aktionsbündnisses waren sich einig, dass die Forderung nach einem gemeinsamen Abbau der Altschulden durch Bund, betroffene Länder und Kommunen nur noch dann eine Chance zur Umsetzung hat, wenn wir aktuell Druck machen", ergänzt Schwarz. "Dies soll durch eine Aktion geschehen, die eine klare Botschaft vermittelt."

Das überparteiliche Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" aus 70 hochverschuldeten Kommunen setzt sich für eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung von Städten und Gemeinden ein, um unter anderem die vom Grundgesetz geforderten gleichwertigen Lebensverhältnisse bundesweit wieder herzustellen. Die im Aktionsbündnis organisierten Kommunen vertreten mehr als neun Millionen Menschen. Ludwigshafen gehört dem Bündnis seit November 2014 an.